

Stand: 01.07.2026 12:53:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11035

"Schlimmste Mängel in der KZ-Gedenkstätte Dachau sofort beheben"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11035 vom 19.04.2016
2. Mitteilung 17/11147 vom 21.04.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Schlimmste Mängel in der KZ-Gedenkstätte Dachau sofort beheben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend und noch vor den anstehenden Feierlichkeiten anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau Ende April die offensichtlichen Mängel (unleserliche Schautafeln, abgerissene laminierte Dokumente, kaputte elektronische Medien, Schlaglöcher auf dem Parkplatz) zu beheben.

Darüber hinaus müssen die geplanten Erneuerungen der Ausstellung der KZ-Gedenkstätte, insbesondere des Barackentrakts unverzüglich in Angriff genommen und mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Begründung:

Die KZ Gedenkstätte Dachau ist insgesamt in einem erbärmlichen Zustand. Baumängel, fehlende Barrierefreiheit, defekte Bildschirme und die unleserlichen Schautafeln müssen – um eine Blamage vor den Augen der Welt abzuwenden – sofort und nicht erst in drei, vier Jahren behoben werden. Eine Neuplanung für Renovierung und Instandhaltung, pädagogischer Betreuung und konzeptioneller Weiterentwicklung der meistbesuchten und wohl wichtigsten KZ-Gedenkstätte auf deutschem Boden verträgt keinen Zeitaufschub mehr. Das sind wir nicht nur den Überlebenden, sondern auch den Besuchern aus der ganzen Welt schuldig.



Mitteilung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Martin Güll, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/11035

Schlimmste Mängel in der KZ-Gedenkstätte Dachau sofort beheben

Der Dringlichkeitsantrag mit der Drucksachennummer 17/11035 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt